

# UNS HAMBURG

Seit 2015 dem Wohle Hamburgs verpflichtet

## Propaganda floriert

Seite 2



### Liebe Leser,

Mitte Januar verbreiteten linke Journalisten falsche Fakten über die AfD. Oder präziser: linke Politaktivisten, die auch mit Steuergeldern von der Regierung bezahlt wurden und sich als Journalisten ausgeben. Es nennt sich „Correctiv“. Anfang des Jahres gingen deutschlandweit Millionen Bürger auf die Straße, um für die Demokratie einzutreten. Generell eine gute Sache. Der Anlass war aber null und nichtig: Correctiv baute die Geschichte über das Potsdamer Treffen zu einem Skandal auf.

Hellhörig muss man als kritischer Bürger werden, wenn die Regierung zusammen mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, privaten Medien, Kirchen, Gewerkschaften und weiteren diversen Organisationen aus dem linken Milieu einen Schulterchluss gegen die einzige echte Oppositionspartei üben. Es gab sogar offene Mordaufrufe gegen AfD-Politiker. Das hat mit einer freiheitlichen Demokratie nichts zu tun.

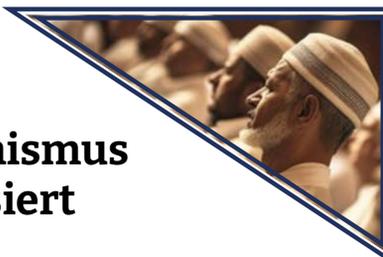
Gefährlich und fürchterlich war auch, dass die AfD durch das Treffen in Potsdam in die Nähe der Nationalsozialisten gerückt wurde. Wer von einer „Wannseekonferenz“ spricht, der relativiert die schrecklichen NS-Verbrechen. Der vermeintliche AfD-Skandal ist ein Medien-skandal historischen Ausmaßes.

Und lassen Sie mich zum Abschluss noch etwas Persönliches sagen: Ich fühle mich als deutscher Staatsbürger mit einem sogenannten Migrationshintergrund in der AfD sehr wohl. Und das ist gut so!

Ihr Krzysztof Walczak  
Parlamentarischer Geschäftsführer

## Islamismus grassiert

Seite 3



## Sicherheit erodiert

Seite 7



# Potsdam bewegt Hamburg



Ein Gespenst geht um in Deutschland. Ende 2023 und Anfang 2024 prägten noch die Bauernproteste die politische Debatte, und fallen plötzlich durch ein neues Thema unter den Tisch: Der „Geheimplan“ und die AfD.

### Skandalisiertes Privattreffen

Doch was war eigentlich passiert? Im November 2023 fand ein privates Treffen im kleinen Kreis von Unternehmern, CDU- und AfD-Leuten statt. Es gab mehrere Vorträge, in denen auch über die notwendige Abschiebung ausreisepflichtiger Ausländer gesprochen wurde. Und was haben die Medienaktivisten von Correctiv daraus gemacht? AfD wolle Millionen Bürger, darunter auch eingebürgerte Migranten, „deportieren“. Es ging sogar so weit, dass von „Deportationen“ die Rede war.

### Harte Fakten? Fehlanzeige!

Ein Teilnehmer des Potsdamer Treffens, das CDU-Mitglied und der Staatsrechtler Ulrich Vosgerau, sprach Ende Februar im Hamburger Rathaus. Er eröffnete seinen Vortrag vor über 500 Bürgern im Großen Festsaal mit den Worten: „Ich war dabei!“ Kürzlich erhielt er vor dem Hamburger Landgericht recht. Es stellte fest, dass es in dem Correctiv-Bericht lediglich zwei Tatsachenbehauptungen gab: Martin Sellner war anwesend und es sei das Wort Remigration gefallen. Alles andere, was Correctiv dargestellt hat, seien ausdrücklich keine Tatsachenbehauptungen, sondern Meinungsäußerungen und eine sogenannte journalistische Einordnung.

Weiterlesen auf Seite 2

# Potsdam bewegt Hamburg

## Fortsetzung der Titelgeschichte

Was weiß Correctiv gesichert vom Gesprächsinhalt? Correctiv lag das Einladungsschreiben vor. Anhand von ungenannten Quellen sowie von Filmaufnahmen im Hotel wurde der Inhalt des Treffens später von Correctiv rekonstruiert. Das war es. Möglicherweise wurde das Treffen belauscht. Correctiv hat dies aus gutem Grund nicht zugegeben. Denn das heimliche Mitschneiden des Tons von Gesprächen in Deutschland ist streng und ausnahmslos verboten. Die Verwendung solcher Aufnahmen ist illegal.



### Wer finanziert Correctiv?

„Correctiv“ ist als gemeinnützige GmbH eingetragen und finanziert sich größtenteils über institutionelle Unterstützung und Spenden. Spender aus dem In- und Ausland unterstützen das Netzwerk. Der größte Spender war 2023 die Luminare-Stiftung von Multimilliardär und eBay-Gründer Pierre Omidyar mit 661.000 Euro. Als Vorbild für Omidyar gilt der amerikanische Investor und Philanthrop George Soros. Durch seine „Open Society Foundation“ gehört er ebenfalls zu den Förderern von Correctiv.

Seit 2017 gilt Correctiv als der deutschsprachige Faktenchecker für den Social-Media-Riesen Facebook. Diese Einnahmen sind aber nicht offengelegt, es dürften sich um gewaltige Summen handeln. Außerdem hängt Correctiv am staatlichen Tropf, seit 2014 wurden 2,5 Millionen Euro an Staatsgeldern überwiesen. Zudem kam heraus, dass es mehrere „Geheimtreffen“ zwischen Correctiv und dem Kanzleramt kam. Journalistische Unabhängigkeit sieht anders aus!



**CORRECTIV**  
„Recherchen“ für die Gesellschaft?

### Berliner Zeitung: „Bluff der Rechercheure?“

Die Berliner Zeitung – nun wahrlich kein rechtes Medium – titelte: „Correctiv vor Gericht: Fiel die Regierung auf einen Bluff der Rechercheure rein?“. Der ehemalige Kultus- und Finanzminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Matthias Brodtkorb (SPD), schrieb am 3. März im CICERO: „Correctiv‘ sagt damit vor Gericht und aller Öffentlichkeit selbst, dass in der Villa in der Nähe des Wannsees nie über die Deportation Millionen Deutscher mit Migrationshintergrund gesprochen worden sei. Aber wogegen wurde dann in den letzten Monaten demonstriert – und worüber eigentlich berichtet? Des Rätsels Lösung ist ganz einfach. Demonstriert wurde nicht gegen eine Tatsache, sondern aufgrund einer Meinung.“

### Propaganda-Kartenhaus zusammengebrochen

Correctiv musste sich vor Gericht selbst korrigieren. Der Correctiv-Anwalt sagte vor dem Landgericht Hamburg: Es sei „zutreffend“, „dass die Teilnehmer\*innen nicht über eine rechts-, insbesondere grundgesetzwidrige Verbringung oder Deportation deutscher Staatsbürger gesprochen haben“.

Festzuhalten ist: Eine Debatte über Deportationen gab es nie. Trotzdem halten führende Politiker daran fest. Hamburgs Erster Bürgermeister Peter Tschentscher sagte im Stadtmagazin Szene: „Sie reden über Deportationen und wollen zurück in eine Zeit von Unterdrückung, Hass und Gewalt.“ Das ist verlogen. Gegenstand der Diskussion in Potsdam war etwa die Frage, wie man abgelehnte Asylbewerber und kriminelle Ausländer zügig abschieben kann.

### Wahrer Grund der AfD-Hetze

Der polit-mediale Komplex hat Angst vor massivem Macht- und Bedeutungsverlust. 2024 ist ein Superwahljahr und die AfD kann stärkste Kraft werden. Altparteien und Altmedien sind in heller Aufruhr. Jede Stimme für die AfD ist eine Stimme gegen sie.

# Hamburg: Mekka für Islamisten?

## Nockemann: Kein Platz für die Scharia

In den letzten Wochen kam es zu mehreren Geheimtreffen von hunderten Islamisten in Hamburg. Dahinter steckt die verfassungsfeindliche und verbotene Islamistengruppierung „Hizb ut Tahrir“ (HuT).

### Islamisten auf dem Vormarsch

Der Inlandsgeheimdienst zählt bundesweit 750 HuT-Anhänger. Trotz eines Betätigungsverbotes konnte die Organisation seit 2018 die Zahl ihrer Anhänger damit mehr als verdoppeln. Die Islamistentruppe „Muslim Interaktiv“ mischt auch mit, sie gilt als eine Tarnorganisation der HuT. Ziel der HuT-Islamisten sei die Errichtung eines weltweiten Kalifats, in dem einzig und allein die Scharia gilt, das göttliche, islamische Gesetz.

### Rot-Grün blind

Laut des Verfassungsschutzes gehe bundesweit die Zahl der Islamisten leicht zurück, aber in Hamburg gibt es einen deutlichen Zuwachs. Von den bundesweit 27.480 Islamisten kommen 1.755 aus der Hansestadt, davon gelten 1.450 als gewaltorientiert. Zum Vergleich: Von den 380 Rechtsextremisten gelten 130 als gewaltorientiert. Trotzdem wird seit Jahren der Islamismus von Rot-Grün nur stiefmütterlich behandelt. Hamburg gilt in Sicherheitskreisen als Islamistenhochburg, wo sie weitgehend schalten und walten können, ohne politische Interventionen erleben zu müssen. Rot-Grün schaut wieder einmal nur tatenlos zu.

### Islamismus größte Gefahr

Für den innenpolitischen Sprecher der AfD-Fraktion Dirk Nockemann ist das ein fatales Zeichen: „Der wachsende Islamismus ist die größte Gefahr für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung. Islamisten scheren sich nicht um Grundrechte, sie wollen ein Kalifat und die Scharia. Sie verbreiten antisemitische und islamistische Propaganda. Sie wollen eine Steinzeit-Staatsordnung, in der für unsere erkämpfte freiheitliche Demokratie kein Platz mehr ist. Wir müssen den Islamisten sofort den Stecker ziehen: Ein Verbotsverfahren der islamistischen Gruppierung ‚Muslim Interaktiv‘ muss geprüft und unter Umständen in die Wege geleitet werden.“



# Migrationswahnsinn: Zelte und Enteignung Wolf: Asylversagen 2.0

Nichts geht mehr in Hamburg. Die Asylkrise wird zur politisch gewollten Dauerkrise. Die Ampelparteien und die CDU lassen die Grenzen weit sperrangelweit für alle offen. Die anhaltenden Migrationsströme aus Afrika und dem Nahen Osten schaffen jeden Tag neue Fakten – und haben Konsequenzen für alle.

## Hamburg hat keinen Platz

Auch wenn es Linksrüne immer noch propagieren und die Realität nicht wahrhaben wollen. Hamburg hat keinen Platz mehr. Fast 50.000 „Flüchtlinge“ leben in der Hansestadt, fast so viele wie im Stadtteil Wilhelmsburg. Die Flüchtlingsunterkünfte sind zu fast 100 Prozent ausgelastet. Der rot-grüne Senat signalisiert darüber hinaus jedoch, weiterhin „Flüchtlinge“ aufnehmen zu wollen und zu können.

## Zelte für Migranten

Rot-Grün will das schaffen. Migranten sollen wieder in Zelten unterkommen. Sogar die Parkplatzfläche des Loki-Schmidt-Gartens – dem Botanischen Garten der Universität Hamburg – in Klein-Flottbek soll für eine neue Flüchtlingsunterkunft herhalten.

## Rot-Grün probt den Sozialismus

Zelte überall sind nur das eine; das andere: es drohen Zwangseinquartierungen. Mit dem anhaltenden Migrationsdruck verschärft sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt. Weil Hamburg aus allen Nähten platzt, will Rot-Grün nun ungenutzte Immobilien auch zwangsweise und gegen den Willen der Besitzer nutzen. Im 21. Jahrhundert probt Rot-Grün den Sozialismus. Behörden hätten somit Zutritt zu allen Räumen, um amtlich zu prüfen, ob da nicht irgendwo ein paar Zimmer für Asylbewerber abgegeben werden können. Dabei geht es nicht nur um leerstehende Immobilien. Das Gesetz wurde bereits von Rot-Grün beschlossen. Es legt fest, dass das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes) eingeschränkt wird. Mit anderen Worten: der Senat hat direkten Zugang zu allen privaten Wohnungen und kann Asylbewerber auch in Hamburger Privatwohnungen einquartieren.

## Kaum Abschiebungen

Aktuell leben in Hamburg knapp 10.000 Ausreisepflichtige. Von diesen

besitzen über 7.000 eine Duldung und knapp 3.000 sind vollziehbar ausreisepflichtig. Monatlich werden nur wenige Dutzend Personen abgeschoben. Im vierten Quartal 2023 wurden nur 57 Personen in das jeweilige Herkunftsland abgeschoben. Viele Abschiebungen scheiterten, weil die Personen nicht angetroffen wurden.

## Verantwortungslose Politik

Für den Fraktionsvizechef und migrationspolitischen Sprecher Dr. Alexander Wolf ist klar: „Die verantwortungslose Politik der unkontrollierten Massenmigration rüttelt jetzt mit sozialistischen Enteignungsphantasien und Zwangsbewirtschaftung an den Grundfesten unseres Gemeinwesens. Es gibt keine Tabus. Statt die Bürger zu enteignen, muss Rot-Grün das Problem an der Wurzel packen. Wir fordern eine Politik für Hamburg und die Hamburger. Über zu viele Jahre hinweg wurden die Folgen der hemmungslosen Massenmigration vertuscht und kleingeredet. Statt von Hamburg aus die ganze Welt retten zu wollen, brauchen wir eine Migrationspolitik mit Maß und Mitte. Dafür steht einzig die AfD!“



# Willkommenskultur für Neu- und Ungeborene

## Petersen: Ungeborenes Leben schützen

Die Alternative für Deutschland setzt sich für eine Willkommenskultur für Neu- und Ungeborene ein. In Deutschland kommen auf rund 700.000 Lebendgeburten pro Jahr ca. 100.000 Schwangerschaftsabbrüche. Dabei erfolgen nur bis zu vier Prozent der Abtreibungen aufgrund von medizinischen oder kriminologischen Gründen. 2022 wurden in Hamburg 4.334 Abtreibungen vorgenommen. Die Zahl der Abtreibungen ist im Vergleich zu 2021 um fast 10 Prozent gestiegen, es waren 380 Fälle mehr. Die AfD-Fraktion hat mehrere familienfreundliche Initiativen eingebracht.

### **Schwangerschaftsberatung: Fötusbilder zeigen**

Die AfD-Fraktion forderte in einem Antrag, dass der Senat eine Richtlinie erlässt, um in der Schwangerschaftskonfliktberatung Bilder des Fötus zu zeigen. Dadurch soll das Bewusstsein für die Entwicklung des ungeborenen Kindes geschärft und eine stärkere emotionale Bindung zwischen der Frau und dem Fötus hergestellt werden. Denn Auge in Auge mit dem Leben verdeutlicht, welche gravierenden Folgen eine Abtreibung hätte. Durch diese visuelle Darstellung sind werdende Mütter in der Lage, die Tragweite ihrer Entscheidung besser zu verstehen.

### **Abtreibungswerbung kippen**

Im Juli 2023 beschloss der Bundesrat die Aufhebung des §219a, der Werbung für Abtreibungen verbietet. Schwangere können somit einfacher als bisher Ärzte für Abtreibungen finden. Die AfD-Fraktion forderte in einem Antrag, diese Entwicklung zu stoppen und sich für eine kinder- und familienfreundliche Politik einzusetzen. Der rot-grüne Senat wurde aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um Frauen und Paare neben der Schwangerschaftskonfliktberatung auch bei ungeplanter Elternschaft zu unterstützen und alternative Wege für das Kind aufzuzeigen. Das Ziel muss es sein, Leben zu erhalten.

### **Staat muss Leben schützen**

Für die vierfache Mutter und familienpolitische Sprecherin Olga Petersen ist Familienpolitik eine Herzensangelegenheit: „Familien- und Kinderplanungen sind ohne Zweifel Privatsache. Der Staat hat jedoch dafür Sorge zu tragen, Kinder und Familien ausreichend zu unterstützen. Vor allem hat der Staat die Aufgabe dort einzugreifen, wo der grundgesetzlich garantierte Schutz

des Lebens gefährdet wird – das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit ist im Grundgesetz verankert. Es ist an der Zeit, für eine kinderfreundliche Familienpolitik zu kämpfen. Unsere Kinder sind unsere Zukunft. Die schlechte Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss ein Ende haben.“

Die Altparteien lehnten alle AfD-Anträge in gewohnter Manier ab. Ein Armutszeugnis.



# AfD fordert Stipendien für Mangelberufe Schulz: Echte Fachkräfte ausbilden

Der Fachkräftemangel in einigen Branchen ist auch in Hamburg spürbar. Obwohl der Senat vor über zehn Jahren eine Fachkräftestrategie beschloss, nimmt die Gesamtzahl der sich bewerbenden Auszubildenden in der Hansestadt sichtbar und spürbar jährlich ab.

## Kinderlosigkeit und Akademisierungswahn

Der rapide Rückgang von Mehrkinderfamilien in den Mittelschichten und die hohe Zahl der Kinderlosen sind die Hauptgründe für die demografische Katastrophe und für den daraus folgenden Fachkräftemangel. Dazu

kommt eine politisch gewollte und damit künstliche Erhöhung der Akademikerquote.

## Fehlende Motivation durch Bürgergeld

In Hamburg fehlt insbesondere Personal im Gesundheits- und Krankenwesen sowie der Altenpflege, aber auch im Handwerk wie der Klempnerei oder Heizungstechnik. Die Diskrepanz zwischen der Anzahl unbesetzter Arbeitsplätze und der vielfach so hohen Anzahl an Bürgergeldempfängern offenbart eindeutig, dass vielen die Motivation fehlt, eine Ausbildung zu absolvieren.

## Anwerbung von Arbeitskräften in Afrika

Die Bundesregierung wirbt für legale Migration aus Afrika, um den Fachkräftemangel zu bewältigen. Dadurch wird der Kontinent noch instabiler und ärmer, was den Migrationsdruck weiter erhöhen würde.

## Finanzielle Anreize schaffen

Die Attraktivität spezifischer Ausbildungsberufe muss verbessert werden. Das ist möglich über finanzielle Anreize. Aus diesem Grund forderte die AfD-Fraktion in einem Antrag, dass der Senat ein Stipendienprogramm für Hamburger Mangelberufe entwickelt.

## AfD: Wirtschaftsstandort Deutschland stärken

Für den arbeitspolitischen Sprecher Marco Schulz muss der Senat dringend seine Hausaufgaben machen, da die Fachkräftestrategie keine Wirkung zeigt: „Wir fordern, dass der rot-grüne Senat ein attraktives Stipendienprogramm für Mangelberufe auf den Weg bringt. Grundsätzlich ist es das Ziel der AfD, die Steuer- und Abgabenlast in Deutschland deutlich zu senken. Es gilt, die in den letzten Jahren erfolgte massive Abwanderung von deutschen Unternehmen und Fachkräften ins Ausland zu stoppen und den Wirtschaftsstandort Deutschland für Investitionen wieder attraktiv zu machen. Fachkräftemangel ist nur zu beheben, wenn wir gesellschaftliche wie auch berufliche Bedingungen schaffen, die gut Ausgebildete nicht scharenweise in das Ausland treiben.“



# Multikriminelles Hamburg

## Nockemann: Abschiebeoffensive

Schlagzeilen der vergangenen Wochen: „Schüsse in Bahnhofsnähe – Mann in Hamburg lebensgefährlich verletzt“ / „Streit mit Schlagstock und Machete: Warnschuss durch Polizei“ / „Sie wollte ihr Kind abholen: Migranten vergewaltigen Mutter in Hamburger Schule“ / „Mann zeigt Mädchen seinen Penis in der S-Bahn“.

### Mehr Gewalt

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. 2023 ist die Kriminalität in Hamburg explodiert. Demnach wurden knapp 11 Prozent mehr Straftaten registriert. Insgesamt gab es über 234.000 Straftaten, das sind 642 Delikte pro Tag. 2023 ist es zu fast 8.400 Straftaten im Bereich Gewaltkriminalität gekommen, das sind fast 11 Prozent mehr als im Vorjahr. Brennpunkte sind vor allem St. Pauli und St. Georg, wo fast jede vierte in Hamburg erfasste gefährliche Körperverletzung begangen wird.

### Mehr Waffen

Das Messer und die Schusswaffe sitzen auch immer lockerer. Laut Polizeilicher Kriminalstatistik (PKS) wurde im letzten Jahr 101-mal geschossen, das sind fast 21 Prozent mehr als 2022. Das Messer kam in 384 Fällen zum Einsatz, der Anstieg beträgt im Vergleich zum Vorjahr 23 Prozent. Damit kommt es laut PKS an fast jedem dritten Tag in Hamburg zu einer Schießerei und mehr als jeden Tag zu einer Messerstecherei.

### Mehr Vergewaltigungen

2023 gab es mit über 15 Prozent einen deutlichen Anstieg im Bereich Vergewaltigung, sexuelle Nötigung und sexuelle Übergriffe im besonders schweren Fall mit Todesfolge. 2023 wurden 270 Straftaten in diesem Bereich verzeichnet. Außerdem gab es bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung mit fast 10 Prozent einen deutlichen Anstieg gegenüber dem Vorjahr, insgesamt waren es 3.160 registrierte Fälle.

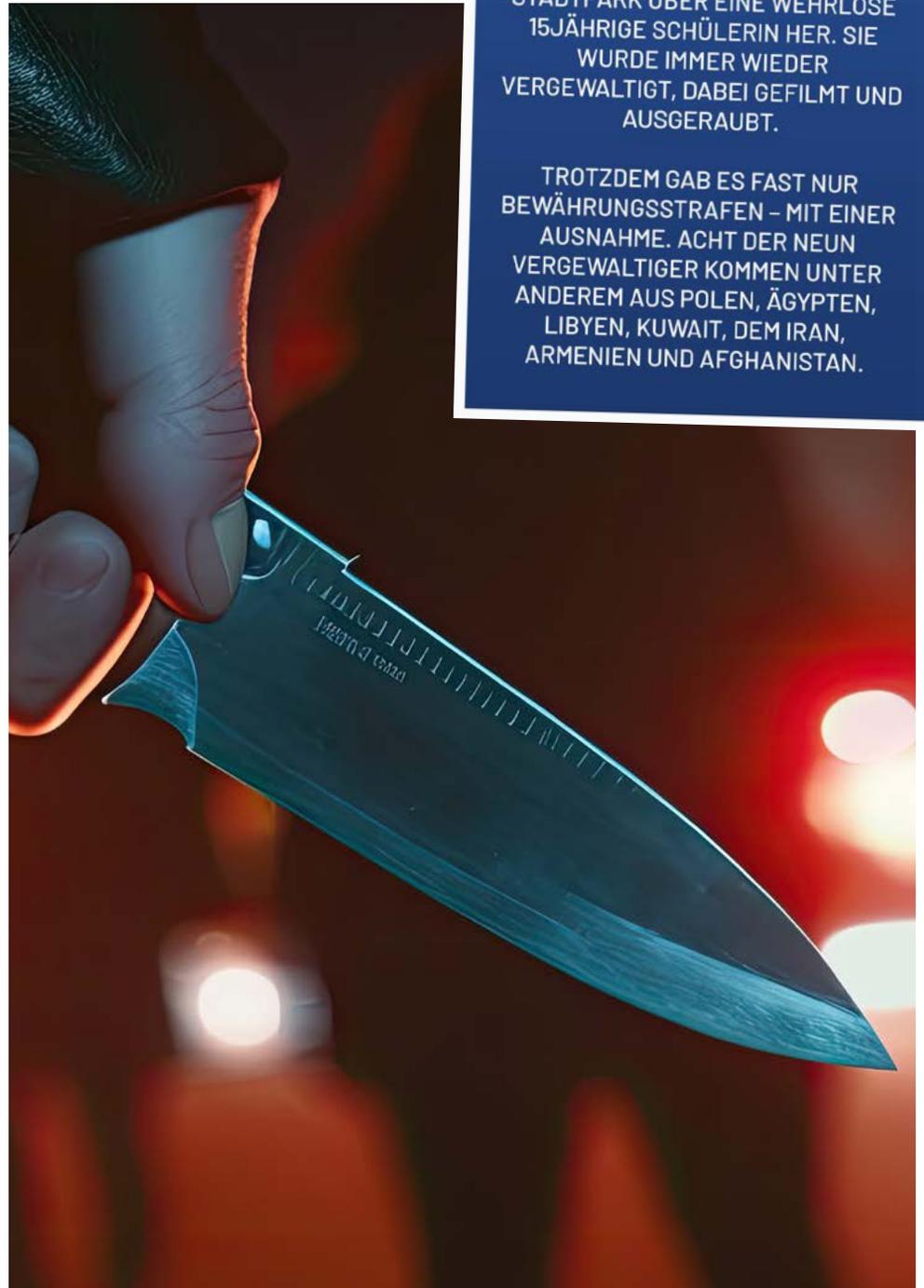
### Mehr Ausländerkriminalität

Im Jahr 2023 hatte fast die Hälfte aller Tatverdächtigen keinen deutschen Pass. Diese Anzahl hat im Vergleich zum Vorjahr um 13 Prozent zugenommen. Von über 70.000 Tatverdächtigen sind fast 35.000 Ausländer. Der Migrationshinter-

grund von deutschen Staatsangehörigen wird nicht erfasst.

### AfD fordert mehr Abschiebungen

Für den früheren Innensenator und jetzigen AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann ist klar: „Polizei und Justiz müssen besser ausgestattet und der Rechtsstaat konsequent durchgesetzt werden. Wir brauchen endlich eine Abschiebeoffensive für ausländische Straftäter.“



**DIE JUSTIZ IST  
OFTMALS ZU LASCH!**

ENDE 2023 LIEB EIN URTEIL DES  
HAMBURGER LANDGERICHTS  
BESONDERS ERSCHRECKEN:

EINE MIGRANTENBANDE FIEL 2020 IM  
STADTPARK ÜBER EINE WEHRLOSE  
15JÄHRIGE SCHÜLERIN HER. SIE  
WURDE IMMER WIEDER  
VERGEWALTIGT, DABEI GEFILMT UND  
AUSGERAUBT.

TROTZDEM GAB ES FAST NUR  
BEWÄHRUNGSSTRAFEN – MIT EINER  
AUSNAHME. ACHT DER NEUN  
VERGEWALTIGER KOMMEN UNTER  
ANDEREM AUS POLEN, ÄGYPTEN,  
LIBYEN, KUWAIT, DEM IRAN,  
ARMENIEN UND AFGHANISTAN.

# Bauern in Aufruhr

## Reich: Heimische Landwirtschaft stärken

Anfang 2024 gingen die Bauern bundesweit auf die Barrikaden. Auch in Hamburg demonstrierten tausende Bauern mit Traktoren gegen die irrsinnigen Sparpläne der Bundesregierung. Neben den Landwirten schlossen sich Handwerker und Spediteure den Protesten an. Die Proteste sind mittlerweile verebbt, die Kritik aber bleibt. Einsicht ist vergeblich zu suchen.

### Aufgeblähte Bürokratie

Die EU-Landwirtschaftspolitik treibt Bauern in ganz Europa auf die Straße. Sie kritisieren, dass sie durch immer mehr Vorgaben aus Brüssel nicht mehr konkurrenzfähig seien. Aber auch die Ampelregierung bremst die heimische Landwirtschaft durch immer mehr Auflagen und Bürokratie aus. Der Druck kommt von allen Seiten – Besserung ist nicht in Sicht.

### Kosten erdrücken Landwirte

Die Regierungspläne der Ampel, Vergünstigungen beim Agrardiesel abzuschaffen und land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge nicht mehr von der Kfz-Steuer zu befreien, verteuern die Arbeit der Landwirte massiv. Mit den Mehreinnahmen soll ein Haushaltsloch von fast einer Milliarde Euro gestopft werden.

### Regional geht vor Import

Moderne bäuerliche Betriebe mit Verwurzelung in den Regionen sind am besten geeignet, umwelt- und marktgerecht zu produzieren. Die heimische Landwirtschaft ist für die Selbstversorgung Deutschlands mit regionalen Nahrungsmitteln unverzichtbar. Regionale Produkte wie Gemüse, Obst, Fleisch und Fisch müssen hierbei Vorrang gegenüber Importware genießen.

### AfD auf der Seite der Bauern

Für den umweltpolitischen Sprecher Thomas Reich ist wichtig: „Wir unterstützen, dass Bauern und Bürger friedlich für ihr Recht und ihre Interessen demonstrieren. Sie gehen stellvertretend für weite Teile der Gesellschaft auf die Straße. Mehr und mehr Bürger erkennen, dass Deutschland unter dieser Ampelregierung zunehmend heruntergewirtschaftet wird. Gerade diejenigen, die dieses Land am Laufen halten, werden bestraft – unsere Bauern verdienen mehr Anerkennung und das muss sich im politischen Handeln widerspiegeln. Zu lange wurde dieser wichtige Wirtschaftszweig missachtet. Wir fordern die Verdopplung der Agrardiesel-Rückerstattung, keine Kfz-Besteuerung ohne Ausgleich für die Landwirte und die Beendigung der verrückten Energiepolitik.“



## Islamismus in Hamburg

Der 10-Punkte-Katalog

Die politische Programmatik der AfD-Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft



## Das Faktenpaket zum Islamismus

Der Islamismus ist die größte Gefahr für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Durch die blinde Toleranz von Rot-Grün konnte der Islamismus seine Einflussosphäre vergrößern. Die AfD fordert seit vielen Jahren ein energisches Vorgehen gegen den Islamismus und das Islamische Zentrum Hamburg (IZH), doch viel zu lange ist nichts passiert. Mit dem in Hamburg stetig wachsenden Islamismus steigt auch die Terrorgefahr. Unser 10-Punkte-Katalog stellt notwendige Forderungen vor, um die Terrorgefahr durch Islamisten im Keim zu ersticken.

**Beziehen Sie unsere Broschüre kostenfrei über: [info@afd-fraktion.hamburg.de](mailto:info@afd-fraktion.hamburg.de)**

**Immer auf dem  
Laufenden bleiben?**



## AFD-FRAKTION RUNDBRIEF

Kennen Sie schon den Rundbrief der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft? Der „Blauer Anker“ erscheint alle zwei Wochen und hält Sie stets auf dem Laufenden über das Geschehen rund um unsere Tätigkeiten. Sie erhalten Videos, Fotos, Einladungen, Ankündigungen und mehr!

**Melden Sie sich für den Rundbrief hier an: [blaueranker@afd-fraktion.hamburg.de](mailto:blaueranker@afd-fraktion.hamburg.de)**

## AfD fordert für Polizisten eine Angriffsentschädigung

Polizisten werden immer häufiger zur Zielscheibe von Gewalt. 2022 gab es in Hamburg 830 tätliche Angriffe auf Polizisten und Rettungskräfte und 660 Widerstandshandlungen bei Festnahmen, wobei in beiden Fällen überwiegend Polizisten betroffen waren. Die Deutsche Polizeigewerkschaft Hamburg (DPoIG) fordert eine Angriffsentschädigung für Polizisten, in Hessen existiert diese seit 2021. Die AfD-Fraktion beantragte, dass Beamte und Angestellte im Polizeidienst, die infolge eines Angriffs verletzt werden, eine einkommenssteuerfreie Entschädigung in Höhe von 2.000 Euro erhalten.

Für den AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann ist der Antrag Ehrensache: „Es ist traurig und macht wütend, wenn unsere Helfer angegriffen werden. Jeder Angriff auf einen Beschäftigten der Polizei ist auch ein Angriff auf den Staat. Es ist ein längst überfälliger Schritt, den Beschäftigten im Polizeidienst als Ausdruck der Fürsorge und besonderen Wertschätzung eine Angriffsentschädigung zu zahlen.“

## Elterngeld: AfD fordert Anhebung des Höchstbetrages

2007 wurde das Elterngeld eingeführt. Die Höhe des Elterngeldes ist abhängig vom Einkommen der Eltern und beträgt 300 bis maximal 1.800 Euro pro Monat. Allerdings wurde der Höchstbetrag des Elterngeldes seit 16 Jahren nicht angerührt. Das will die AfD-Fraktion mit ihrem Antrag ändern und fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene für die Anhebung des Höchstbetrages des Elterngeldes auf maximal 2.500 Euro einzusetzen.

Der AfD-Sozialpolitiker Marco Schulz sieht dringend Handlungsbedarf: Seit Einführung des Elterngeldes herrscht Stillstand, die Anpassung des Höchstbetrages ist längst überfällig. Besonders für Angehörige des Mittelstands bedeutet die Kappung auf 1.800 Euro mittlerweile gut und gern eine Halbierung ihres monatlichen Haushaltseinkommens, obwohl fortan ein Kind zusätzlich mitversorgt werden muss. Eine Anhebung des Höchstbetrages auf 2.500 Euro ist moderat, da hiermit lediglich die Inflationsraten der vergangenen 16 Jahre ausgeglichen werden.“ Die Altparteien lehnten den Antrag ab.

## Die große Invasion der Nutrias in Hamburg

Die ursprünglich aus Südamerika stammenden und nach Europa eingewanderten Nutrias entpuppen sich zu einer Plage. Die „potenten“ Nager, die dreimal im Jahr bis zu zehn Junge bekommen können, gefährden Deichanlagen und Uferböschungen, da sie Gänge und Luftröhren, Höhlen und Kessel in die Deiche und entlang der Flussufer und Feldränder graben. Die Folgen sind erheblich. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern sind Nutrias nicht ins Jagdrecht aufgenommen worden.

Nach Ansicht des AfD-Umweltpolitikers Thomas Reich muss Hamburg handeln: „Im benachbarten Niedersachsen sehen wir bereits die Millionenschäden der Nutria-Plage, die sich auch im Hamburger Raum ausbreitet. Hamburg muss handeln und das Risiko eindämmen, denn sie gefährden die Standfestigkeit unserer Deiche. Eine Schwanzprämie wie in anderen Bundesländern könnte den Jagddruck weiter erhöhen. Wir fordern auch die Aufnahme in das Jagdrecht!“

### Haushalts-/Organisationsreferent (gleich welchen Geschlechts) gesucht!

Die Vollzeitstelle ist ab sofort zu besetzen!

#### Ihre Aufgaben:

- Beobachtung und Analyse politischer Entscheidungsprozesse in Tages- und Fachpresse
- Vorbereitung der Bürgerschafts- und Ausschusssitzungen – Schwerpunkt Haushalt
- Intensive Begleitung und Organisation der Haushaltsberatungen
- Erstellung von Anträgen und Anfragen im parlamentarischen Betrieb

#### Ihr Profil:

- Erfolgreich abgeschlossenes wirtschaftswissenschaftliches Hochschulstudium oder alternativ kaufmännische Ausbildung mit Erfahrung in der Bilanzierung
- Erfahrungen / Kenntnisse über die doppelte Haushaltsführung
- Hohes Maß an Zuverlässigkeit, Eigeninitiative, sozialer Kompetenz und Selbstorganisation
- Sehr gute mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit

Bewerbungen (Anschreiben, Foto, Lebenslauf, Zeugnisse etc.)  
senden Sie bitte an [info@afd-fraktion.hamburg.de](mailto:info@afd-fraktion.hamburg.de) oder  
**AfD-Fraktion Hamburg | Fraktionsgeschäftsführer |**  
**Schmiedestraße 2 | 20095 Hamburg**



# Köhlbrandbrücke: Kommt sie, kommt sie nicht?

## Nockemann: Rot-Grün schwächt Hafen

**K**ommt sie, kommt sie nicht? Oder vielleicht doch! Die 325 meterlange Köhlbrandbrücke verbindet seit 1974 die Elbinsel Wilhelmsburg mit der Bundesautobahn 7.

### 10 Jahre Zickzackkurs

Sie gilt als Hauptschlagader des Hamburger Hafens. Klar ist, dass die Brücke in die Jahre gekommen ist und ersetzt werden muss. Aber Rot-Grün streitet und verspielt kostbare Zeit. Die Planungen laufen seit über zehn Jahren: Nichts passierte konkret. Für Planungs- und Instandhaltungskosten wurden bereits Millionen Euro ausgegeben.

### Inflation verteuert Projekt

Wichtige Zeit wurde verspielt und die Kosten galoppieren mit der Inflation weiter davon. Dabei ist das Neubauprojekt sehr wichtig für den Wirtschaftsstandort Hamburg und Deutschland. Lange Zeit galt die Tunnelösung als quasi beschlossen. Mitte 2023 wurde vor allem aus Kostengründen eine bereits zuvor diskutierte und verworfene Ersatzbrücke wieder ins Spiel gebracht.

### Tunnel teurer als Brücke

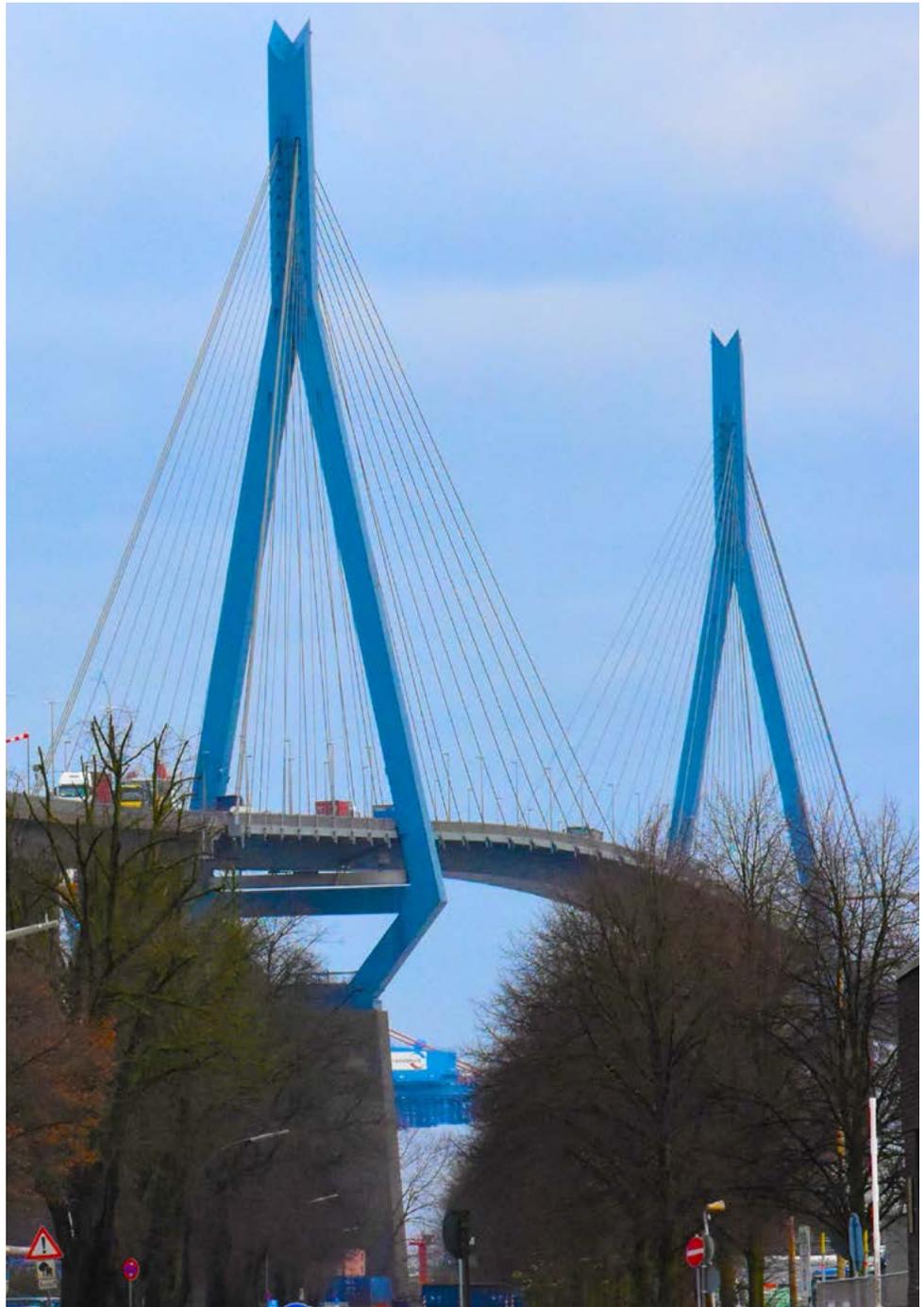
Aus den ursprünglich geplanten 5,3 Milliarden Euro Kosten für einen Tunnel sind nun rund 7 Milliarden Euro geworden. Eine neue Brücke mit einer Durchfahrtshöhe für Schiffe von mehr als 70 Metern soll dagegen bis zu 5 Milliarden Euro kosten. Fertigstellung? Im Zeitraum 2042 bis 2046 soll sie fertiggestellt sein. Die Übernahme eines Teils der Kosten durch den Bund ist derzeit noch unklar.

### Grün bremst Neubau

In letzter Sekunde bremste der grüne Umweltsenator Jens Kerstan das wichtige Infrastrukturprojekt letztlich aus. Dem Senator passte der geplante Neubau nicht und schoss quer. Er torpedierte den Neubau und flog dann in den Mallorca-Urlaub. Nach diversen Krisensitzungen knickte er dann doch ein und gab grünes Licht.

### AfD fordert Kerstans Entlassung

Für den AfD-Verkehrspolitiker Dirk Nockemann ist der rot-grüne Streit auf dem Rücken unseres Hafens mehr als eine peinliche Posse: „Bürgermeister



Tschentscher sollte den Umweltsenator endlich vor die Tür setzen. Die Bürger erwarten klare Antworten, einen klaren Fahrplan und keine Spielchen bei einem der wichtigsten Infrastrukturprojekte Deutschlands. Rot-Grün verschwendet immer wieder wertvolle Zeit und Geld.

### AfD für Tunnelösung

AfD-Hafenpolitiker Krzysztof Walczak ist trotz der höheren Kosten für die

Tunnelösung: „Rot-Grün ist im Schnecken tempo unterwegs und unsere Wirtschaft muss es ausbaden. Wir sind für einen Tunnel. Er ist zwar teurer, aber er hält auch deutlich länger und belastet den Schiffverkehr weniger. Rot-Grün hat in den letzten Jahren viel Steuergeld verschербelt, da sollten wir an solch wichtigen Infrastrukturprojekten jetzt nicht sparen. Wir brauchen hier endlich Fortschritte.“



## Dirk Nockemann

Fraktionsvorsitzender und Mitglied  
in folgenden Ausschüssen:

Innenausschuss, Ausschuss für Justiz und Verbraucherschutz, Verkehrsausschuss

Fachsprecher für:

Inneres, Islam, Justiz, Verkehr, Öffentlicher Dienst, Parlamentsreform

[afd-fraktion-hamburg.de/dirk-nockemann/](https://afd-fraktion-hamburg.de/dirk-nockemann/)

[facebook.com/Dirk.Nockemann.AfD/](https://facebook.com/Dirk.Nockemann.AfD/)

[dirk.nockemann@afd-hamburg.de](mailto:dirk.nockemann@afd-hamburg.de)

## Dr. Alexander Wolf

Stellv. Fraktionsvorsitzender und Mitglied  
in folgenden Ausschüssen:

Stadtentwicklungsausschuss (Vorsitz), Schulausschuss,  
Kultur- und Medienausschuss, Parl. Untersuchungsausschuss "Cum-Ex"

Fachsprecher für:

Einwanderung/Integration, Islam/Jüdische Belange,  
Schule, Bauen und Stadtplanung, Kultur, Jagd, Fischerei

[afd-fraktion-hamburg.de/dr-alexander-wolf/](https://afd-fraktion-hamburg.de/dr-alexander-wolf/)

[facebook.com/Alexander.Wolf.AfD/](https://facebook.com/Alexander.Wolf.AfD/)

[alexander.wolf@afd-hamburg.de](mailto:alexander.wolf@afd-hamburg.de)



## Krzysztof Walczak

Parlamentarischer Geschäftsführer und Mitglied  
in folgenden Ausschüssen:

Ausschuss für Wirtschaft und Innovation, Wissenschaftsausschuss,  
Verfassungs- und Bezirksausschuss, Ausschuss für die Zusammenarbeit der  
Länder Hamburg und Schleswig-Holstein, Europaausschuss

Fachsprecher für:

Wirtschaft, Wissenschaft, Verfassung, Hafen  
Digitales, Europa, Antidiskriminierung, Innovation,  
Tourismus, Medien, Verbraucherschutz, Antidiskriminierung

<https://afd-fraktion-hamburg.de/krzysztof-walczak/>

<https://www.facebook.com/walczak.afd>

[krzysztof.walczak@afd-hamburg.de](mailto:krzysztof.walczak@afd-hamburg.de)



## Marco Schulz

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Soziales, Arbeit und Integration, Öffentliche Unternehmen,  
Sportausschuss

Fachsprecher für:

Arbeit, Bezirke, Soziales, Öffentliche Unternehmen, Sport

[afd-fraktion-hamburg.de/marco-schulz/](https://afd-fraktion-hamburg.de/marco-schulz/)

[marco.schulz@afd-hamburg.de](mailto:marco.schulz@afd-hamburg.de)





## Olga Petersen

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Familie-, Kinder- und Jugendausschuss,  
Ausschuss für Gleichstellung und Antidiskriminierung,  
Eingabenausschuss

Fachsprecherin für:

Familie, Kinder, Jugend, Eingaben, Gleichstellung,  
Antidiskriminierung, Medien

<https://afd-fraktion-hamburg.de/olga-petersen/>

<https://www.facebook.com/Olga.Petersen.AfD>

[olga.petersen@afd-hamburg.de](mailto:olga.petersen@afd-hamburg.de)

## Thomas Reich

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Gesundheitsausschuss, Haushaltsausschuss,  
Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie

Fachsprecher für:

Energie, Gesundheit, Haushalt, Umwelt, Behinderte,  
Datenschutz, Kirchen, Senioren, Tierschutz, Umwelt

[afd-fraktion-hamburg.de/thomas-reich/](https://afd-fraktion-hamburg.de/thomas-reich/)

[www.facebook.com/thomas.reich.afd](https://www.facebook.com/thomas.reich.afd)

[thomas.reich@afd-hamburg.de](mailto:thomas.reich@afd-hamburg.de)



## Detlef Ehlebracht

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Stadtentwicklungsausschuss, Verkehrsausschuss

[D\\_Ehlebracht@outlook.de](mailto:D_Ehlebracht@outlook.de)

# Zahlen statt Worte



## 261

Jugendliche und Schulbeschäftigte wurden im Schuljahr 2022/23 Opfer von Gewalt. Registrierte Körperverletzungen: 124

Quelle: Bild.de



## In fast jedem fünften

Hamburger Haushalt lebt mindestens ein Kind.

Quelle: Statistikamt Nord



## Mit 1.000.376

Euro brutto, ist die Vorstandsvorsitzende der Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA) Angela Titzrath die bestbezahlte Managerin in Diensten der Stadt.

Quelle: Beteiligungsbericht des Senates



## 335.000 Menschen

haben die Caspar-David-Friedrich-Ausstellung seit ihrer Eröffnung Mitte Dezember besucht. Das ist ein Rekord in der Geschichte der Kunsthalle.

Quelle: hamburg-kunsthalle.de



## 41 verschiedene

Heuschreckenarten leben derzeit in Hamburg – so viele wie noch nie.

Quelle: Atlas der Heuschrecken Hamburgs (März 2024)



## Mit 18,7 Km/h

zogen die Hochbahn-Busse im Schnitt im 2023 Jahr ihre Runde. Vor 20 Jahren waren es noch durchschnittlich 20,1 Kilometer pro Stunde. Seit zehn Jahren geht es nicht mehr voran.

Quelle: ndr.de



## 170 Studiengänge

können an der Hamburger Universität belegt werden. Das geht von A wie „Afrikanische Sprachen“ über G wie „Gebärdensprachen“ bis Z wie „Zahnmedizin“.

Quelle: uni-hamburg.de



## 233.100 Hamburger

mehr leben heute in der Hansestadt als zum Anfang des Jahrtausends. Das Wachstum entspricht 14 Prozent.

Quelle: Statistikamt Nord

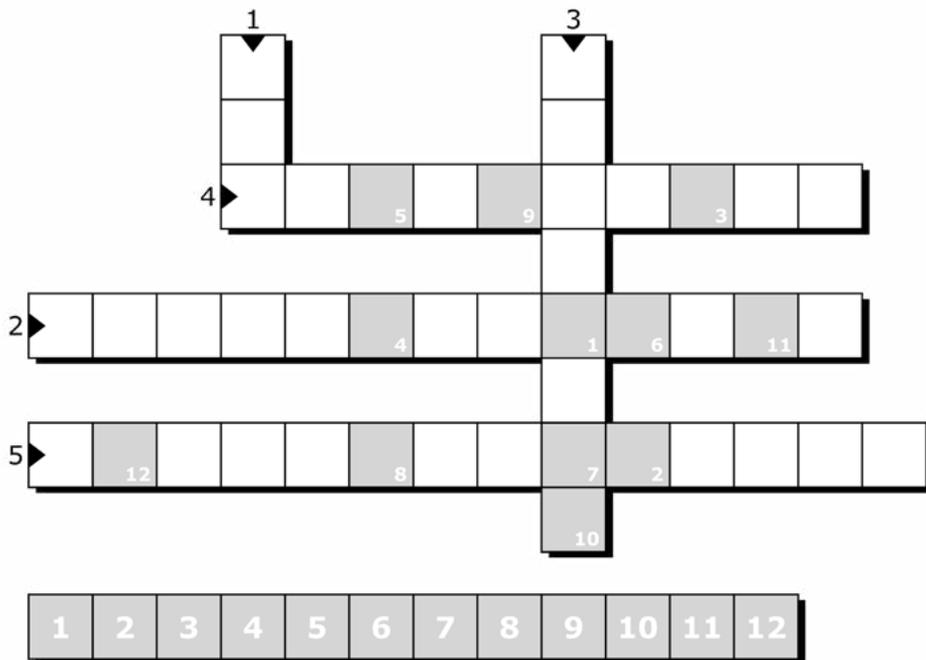
# Die AfD-Fraktion in den Medien

## Eine Auswahl der Presseberichterstattung

- dpa (09.04.2024): Diakonie mahnt menschlichen Umgang bei Abschiebungen an**  
Die AfD-Fraktion sieht keinen Anlass für ein sensibleres Vorgehen der Behörden. „Es kann nicht sein, dass sogenannte Abschiebebeobachter reguläre Abschiebungen kriminalisieren, weil die Ausreisepflichtigen verzweifelt sind oder sich Kinder darunter befinden. Das ist absurd“, sagte Fraktionschef Dirk Nockemann. Hamburg müsse vielmehr zur Abschiebehauptstadt werden. Rund 2.700 ausreisepflichtige Migranten ohne Duldung seien schnellstmöglich abzuschicken.“
- Junge Freiheit (04.04.2024): Somalier überfallen deutschen Frachter – und leben jetzt in Hamburg**  
Zwei somalische Piraten, die 2010 ein deutsches Schiff angegriffen hatten und dafür zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden waren, leben mittlerweile legal in Hamburg. Einer der beiden besitzt eine reguläre Aufenthaltserlaubnis, der andere hält sich mit einer Duldung in der Hansestadt auf, wie aus der Antwort des Hamburger Senats auf eine Anfrage der AfD-Fraktion hervorgeht. Was wie ein verspäteter Aprilscherz anmutet, ist rot-grüne Realität. Im Hamburg 2024 werden selbst verurteilte somalische Piraten nicht abgeschoben. Auch bei jahrelanger Duldung werden Abschiebungen kaum angestrebt“, kritisierte Nockemann.
- dpa (26.03.2024): Opposition kritisiert Pläne für Flüchtlingsunterbringung in Parks**  
Knapp zehn Jahre nach der Flüchtlingskrise stehe Rot-Grün erneut „da wie der Ochs vorm Berg“, sagte AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann. „Es ist der Gipfel des seit 2015 andauernden Asylversagens.“ Er forderte erneut „eine 180-Grad-Wende in der Asyl- und Migrationspolitik“.
- Junge Freiheit (14.03.2024): Aus Angst vor Linksextremen: Schule cancelt Podiumsdiskussion mit AfD**  
Eine Hamburger Schule will diskutieren. Über Migration. Doch da sie auch die AfD einlädt, mobilisieren Linksextreme gegen die Veranstaltung – und canceln sie erfolgreich. Die AfD sieht die Demokratie in Gefahr. Wolf selbst, stellv. Fraktionschef, äußerte sich bestürzt über die Absage. „Leider hat die linksextreme Antifa durch ihre Androhung mal wieder gegen die Demokratie gewonnen. Das ist sehr bedauerlich, denn dadurch erhalten die Schüler nicht die Möglichkeit, alle demokratisch legitimierten Parteien anzuhören, um sich eine eigene Meinung zu bilden. Und genauso sollte es in einer funktionierenden Demokratie sein: zuhören, mitreden und eine eigene Meinung bilden.“
- Welt (27.02.2024): Laut diesem Bericht kann Hamburg doch bauen**  
Viele Kostensteigerungen seien vorhersehbar, sagte der stadtentwicklungspolitische Sprecher der AfD, Alexander Wolf: „Aber wenn das Geld nicht reicht, wird einfach eine Nachbewilligung aus dem Etat der Stadt bereitgestellt und schon ist der Senat wieder im grünen Bereich – im wahrsten Sinne des Wortes, im tief rot-grünen Bereich der ökosozialistischen Misswirtschaft.“
- Junge Freiheit (16.02.2024): AfD-Abgeordneter: In Hamburg herrscht das Recht der Messer**  
In Hamburg nehmen die Schusswaffendelikte dramatisch zu. Auch die Gewaltkriminalität insgesamt steigt deutlich. Der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, Dirk Nockemann, sagte dazu der JF: „In Hamburg gibt es jeden Tag drei bis vier Messerstrafaten, darunter eine blutige Messerattacke. Auf unseren Straßen herrscht das Recht der Messer.“ Diese „unhaltbaren Zustände“ habe es vor der Massenmigration 2015 nicht gegeben. Dazu forderte Nockemann, der von 2003 bis 2004 Innensenator in Hamburg war, „ausländische Gefährder, Extremisten und schwere Straftäter in ihre Herkunftsländer oder aufnahmebereite Drittstaaten“ abzuschicken.
- dpa (06.02.2024): Rund ein Viertel der Hamburger Haushalte nicht für Wärmenetze geeignet**  
Der energiepolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Thomas Reich, kritisierte die Wärmeplanung als nicht finanzierbar und gescheitert. „Die flächendeckende Dekarbonisierung der Wärmeversorgung ist ideologischen Wünschbarkeiten entsprungen“, sagte er. Damit komme „der Wärmepumpenzwang durch die kalte Küche“.
- NDR (25.01.2024): Hamburger AfD-Fraktion fordert Sitzung des Ältestenrats**  
Als Grund nennt die Fraktion mehrfache massive Verletzungen des Bannkreises rund um das Rathaus. Nach Angaben der AfD gab es Verstöße unter anderem am Rande der Großdemonstration gegen Rechtsextremismus am vergangenen Freitag. Die AfD-Abgeordneten hatten sich parallel zur Demonstration zu einer Fraktionssitzung im Rathaus getroffen.
- dpa (08.01.2024): Opposition zeigt Verständnis für Bauern-Proteste**  
Die AfD stehe an der Seite der Bauern, betonte deren Fraktionsvorsitzender Dirk Nockemann. „Die Ampelregierung sitzt im Elfenbeinturm. Von dort aus betreibt sie zunehmend eine Politik, die sich fernab der Realität gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung richtet.“
- Hamburger Abendblatt (21.12.2023): AfD will Innensenator Grote verklagen: „Das Maß ist voll“**  
„Immer wieder hetzt der SPD-Innensenator Grote gegen die AfD. Immer wieder pfeift er auf die Neutralitätspflicht sowie das Recht auf Chancengleichheit der Parteien. Das ist unterhalb der Gürtellinie und eines Senators unwürdig. Das Maß ist voll“, ließ sich lediglich AfD-Fraktionsvizechef Alexander Wolf in der Pressemitteilung offiziell zitieren.
- Freilich (14.12.2023): CDU sammelt Unterschriften für Volksinitiative, stimmt dann aber dagegen**  
Eine Hamburger Volksinitiative forderte ein Verbot von Gendersternen und Doppelpunkten in Texten der Hamburger Verwaltung, Bildungseinrichtungen und städtischen Unternehmen. Die CDU unterstützte die Initiative. Einen entsprechenden Antrag der AfD Anfang Dezember lehnte sie dann aber ab. „Die CDU hat sich mit dem heutigen Abstimmungsverhalten vollkommen unglaubwürdig gemacht. Geht es ans Eingemachte, wird schnell klar: Von der CDU kommt nur heiße Luft. Und dass, obwohl sie für die Volksinitiative sogar noch Unterschriften sammelten“, so der AfD-Politiker Krzysztof Walczak. Damit erweise die CDU der Volksinitiative gegen Gendersprache einen Bärendienst.
- NDR (06.12.2023): PISA-Studie: Schlechtes Ergebnis laut Rabe zu erwarten**  
Der schulpolitische Sprecher der AfD-Fraktion Hamburg, Alexander Wolf, sieht die Ergebnisse als Beleg für die „gescheiterte Bildungs- und Zuwanderungspolitik“. Entscheidend sei die „falsche Asyl- und Migrationspolitik“, die voll durch auf den Schulbereich durchschlage.

Wie gut kennen Sie Ihre Hansestadt? Machen Sie mit bei unserem Hamburg-Quiz!

## Jetzt mitmachen und zwei Abendessen für jeweils zwei Personen gemeinsam mit einem Überraschungsgast hier in Hamburg gewinnen!



1. Großes Volksfest auf dem Heiligengeistfeld?
2. Flaniermeile an der Alster?
3. Nördlichster Bezirk Hamburgs?
4. Ehemalige Boulevard-Tageszeitung, heute Wochenzeitung?
5. Beliebtes Hamburger Feingebäck?

Richtige Lösung eingeben unter:

<https://uns-hamburg.de/quiz>

oder per Mail schicken an:

[presse@afd-fraktion.hamburg.de](mailto:presse@afd-fraktion.hamburg.de)

Betreff: Hamburg-Quiz

oder per Post an:

AfD-Fraktion in der Hamburgischen  
Bürgerschaft

Stichwort: Hamburg-Quiz

Schmiedestraße 2

20095 Hamburg

Einsendeschluss ist der

1. Juli 2024.

Unter den richtigen Einsendern  
entscheidet das Los. Der Rechtsweg ist  
ausgeschlossen.

Die AfD-Fraktion wünscht viel Glück!

Auf den Seiten 3, 4, 5, 6 und 7 befinden  
sich Darstellungen, die unter Zuhilfe-  
nahme künstlicher Intelligenz generiert  
worden sind.

### Impressum

AfD-Fraktion in der Hamburgischen  
Bürgerschaft, Schmiedestraße 2,  
20095 Hamburg

Redaktionsschluss:

30. April 2024

Verantwortlich im Sinne des Presse-  
rechts: Dirk Nockemann

Verantwortlicher Redakteur:

Robert Offermann

Telefon: 040/42831-2518

[✉ presse@afd-fraktion.hamburg.de](mailto:presse@afd-fraktion.hamburg.de)

Diese Publikation informiert über  
die Arbeit der AfD-Bürgerschafts-  
fraktion. Sie darf nicht zu Wahlwer-  
bezwecken verwendet werden.

Informationen über die Arbeit der  
AfD-Fraktion aus erster Hand?

Bestellen Sie hier unseren  
Newsletter:

[🌐 afd-fraktion-hamburg.de/newsletter](https://afd-fraktion-hamburg.de/newsletter)

Ihr Kontakt zur AfD-Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft:

AfD-Fraktion in der Hamburgischen  
Bürgerschaft

Schmiedestraße 2, 20095 Hamburg

040 42831-2518

(Sie erreichen uns zwischen 9 und 18 Uhr.)

[✉ info@afd-fraktion.hamburg.de](mailto:info@afd-fraktion.hamburg.de)

[🌐 afd-fraktion-hamburg.de](https://afd-fraktion-hamburg.de)

[f facebook.com/afd.fraktion.hamburg](https://facebook.com/afd.fraktion.hamburg)

[t twitter.com/AfD\\_Fraktion\\_HH](https://twitter.com/AfD_Fraktion_HH)

[y youtube.com/c/AfDFraktionHamburg](https://youtube.com/c/AfDFraktionHamburg)

[i instagram.com/afd.fraktion.hamburg/](https://instagram.com/afd.fraktion.hamburg/)

